



Tabakwarengeschäft in Bayern

Tabakwerbeverbot

Lobbyerfolg weckt Widerspruch

SPD will gesetzliche Regelung durchsetzen, obwohl sie aus dem Koalitionsvertrag verschwand.

In der SPD regt sich Widerstand, weil eine entscheidende Passage aus dem Koalitionsvertrag gestrichen wurde. Ein gesetzliches Verbot der Tabakaußenwerbung müsse von den Gesundheitspolitikern noch in der Großen Koalition durchgesetzt werden, sagt SPD-Fraktionsvize Karl Lauterbach. „Wir schulden es unseren Kindern, die Opfer dieser Werbung sind.“ Eine bereits ausformulierte Festlegung auf ein Werbeverbot war auf Drängen der Spitze der CDU/CSU-Bundestagsfraktion aus dem Koalitionsvertrag von Union und SPD gelöscht worden (SPIEGEL 7/2018).

Auch die Opposition ist über den Vorgang empört. In einem Brief an die Drogenbeauftragte der Bundesregierung schreibt Kirsten Kappert-Gonther, drogenpolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion: „Bitte appellieren Sie an Volker Kauder und andere, der Tabaklobby einen Riegel vorzuschieben.“ Ein Werbeverbot für Tabak sei „überfällig“, an den Folgen des Rauchens stürben hierzulande jährlich rund 120 000 Menschen. Deutschland ist der letzte Staat in der EU, der Tabakwerbung an Außenfassaden, Litfaßsäulen oder Haltestellen noch erlaubt. cos

Elektromobilität

Europa-SPD fordert Investitionstopf

Die europäischen Sozialdemokraten wollen den Aufbau einer Infrastruktur für Elektro- und Wasserstoffautos mit einem neuen Fonds fördern, der mit bis zu 90 Prozent von der Industrie finanziert wer-

den soll. Dies sieht das Konzept eines sogenannten Clean Mobility Funds vor, das der SPD-Europaparlamentarier Ismail Ertug erarbeitet hat. Nach seinen Berechnungen fehlen für die flächendeckende Versorgung in der EU mindestens 680 000 Elektroladesäulen und etwa 10 000 Wasserstofftankstellen. Die

Kosten für den Aufbau dieser Infrastruktur beziffert der Verkehrsexperte auf insgesamt 24 Milliarden Euro. Ohne Geld aus dem EU-Haushalt sei dies nicht zu schaffen, so Ertug: „Große Infrastrukturprojekte wie Schienen oder Stromnetze hätten auch nie eine flächendeckende Versorgung erreicht, wenn

die öffentliche Hand nicht mitfinanziert hätte.“ In erster Linie sieht Ertug aber die Autoindustrie in der Pflicht. Sie solle zwischen 80 und 90 Prozent des Gesamtvolumens beisteuern. In der nächsten Woche will die EU-Kommission einen Plan vorlegen, um die Produktion von Elektroautobatterien zu fördern. mp